

Gerulf Stix

## Zwischen NATIONAL und GLOBAL

„National“ eingestellt zu sein, ist heutzutage verpönt. Mehr noch: Wer sich als „Nationaler“ bekennt, der ist *mega-out*. Das gilt ganz besonders für alle deutschen Lande. Für Deutschland hat dies der politisch abgestürzte Sozialdemokrat Lafontaine auf den Punkt gebracht: „... wo doch schon auf kurze Sicht die politische Idee des Nationalstaates durch die Transnationalität der Probleme faktisch außer Kraft gesetzt wird... Der Nationalstaat hat heute schon die Vernünftigkeit seiner Idee überlebt...“<sup>[1]</sup> Der Hinweis auf die „Transnationalität der Probleme“ ist richtig; er wird noch zu erörtern sein. Für Österreich genügt der Konsum der ORF-Programme im Fernsehen und der meisten Tageszeitungen.

Im Gegensatz zu dieser Einschätzung sind in aller Welt konkret national-regionale und nationalstaatliche Bestrebungen zu beobachten. Einen diesbezüglichen Anschauungsunterricht vor unserer Haustüre bietet der Zerfall Jugoslawiens. Und der US-amerikanische Slogan vom *Nation-Building* ist in Wort und (politischer) Tat international eine geläufige Formel geworden. Doch: Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht Dasselbe.

Nun ist es wichtig, hier auf einen praktisch eingetretenen Bedeutungswandel beim Begriff des Nationalstaates hinzuweisen. Früher verstand man unter Nation ein staatlich geeintes Volk. Ausgehend vom geschichtlich gewachsenen Volkstum wurde dessen gemeinsame staatliche Organisation zum Ziel des Nationalstaates. Daneben entwickelte sich der so genannte Etatismus. Der machtpolitisch entstandene Staat erklärte sich selbst zum Nationalstaat und seine sämtlichen Staatsbürger ungeachtet ihrer Volkszugehörigkeit zu seinem Staatsvolk und letztlich somit zu seiner Nation. Der Staat macht sich also seine Nation. Dieses etatistische Verständnis von Nation beherrscht heute die politische Anschauung und Praxis. Im Kosovo zum Beispiel wurden die sich unterscheidenden Volksteile von Serben und Albanern gezwungen, einen gemeinsamen „Nationalstaat“ zu bilden.

Ein anderes Beispiel veranschaulicht die Republik Österreich. Sie war der „deutsche Rest“ des 1918 untergegangenen Vielvölkerstaates der k. u. k. Monarchie Österreich-Ungarn. Den Namen Österreich erbte allein der deutsche Rest, den im Parlament selbst beschlossenen Namen „Deutsch-Österreich“ verboten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ganz bewusst der Nationalstaat Österreich konstruiert (Moskauer Deklaration 1943). Heute werden alle österreichischen Staatsbürger, auch alle mit „Immigrationshintergrund“, zur österreichischen Nation gerechnet. Selbstverständlich auch die historisch auf dem Staatsgebiet ansässigen Minderheiten wie Kroaten, Ungarn und Slowenen. Der Staatsnationalismus triumphiert also. Wenn dafür eine ebenso banale wie geläufige Bestätigung gesucht wird, so genügt schon ein kurzer Blick auf die ethnische Zusammensetzung der so genannten „Nationalmannschaften“ in der Welt des Fußballs.

Die ethnischen Minderheiten passen nicht in die Vorstellungswelt des Nationalstaates. Trotzdem konnte sich das frühere Verständnis vom Nationalstaat – ausgehend vom Volkstum – noch einigermaßen mit Minderheiten anfreunden. Als geschichtlich entstandene Einsprengsel galten sie als „legitim“ und wurden dann als solche mehr oder weniger geduldet. Meist waren geschlossen siedelnde Minderheiten das Ergebnis von dynastischen Maßnahmen oder machtpolitischen Grenzziehungen im Gefolge von Kriegen oder feudalen Erbaseinandersetzungen – lange vor dem Entstehen der eigentlichen Nationalstaaten.

Hingegen tut sich der heutige Nationalstaat, der sich selbst als die Verkörperung der einzigen und unteilbaren Nation versteht, mit ethnischen Minderheiten ausgesprochen schwer.<sup>[2]</sup> Tatsächlich gibt es aber viele Minderheiten, die sich auf ihre Abstammung und die gewachsenen Traditionen vor allem in Sprache und Kultur stützen. Sie berufen sich darauf und fordern Rechte ein. In Europa gibt es viele Fälle, darunter höchst akute. Hier nur eine unvollständige Aufzählung: Flamen, Basken, Katalanen, Schotten. Ihr Schicksal schwankt zwischen widerwilliger Gewährung von Minderheitenrechten einerseits und Unterdrückung bis hin zur Verweigerung jeder Anerkennung andererseits. Sie leiden unter dem „modernen“ Staatsnationalismus. Die damit verbundenen Probleme sind ungelöst.

## Multikulturelle Gesellschaft

Eine geradezu logische Folge dieses nicht mehr vom gewachsenen Volkstum ausgehenden Staatsnationalismus ist es, eine „multikulturelle“ Gesellschaft zu propagieren. Dabei dient der Begriff des Multikulturellen hauptsächlich zur Verschleierung der Sache, um die es eigentlich geht: In Wirklichkeit geht es um Multi-Ethnizität, um die Herkunfts- und Abstammungsfrage. Dem sich selbst absolut setzenden Staatsnationalismus ist es egal, ob seine Staatsbürger aus Europa, Afrika, Asien oder sonst wo her stammen. Zwar stützt sich dieser so genannte Nationalstaat, besonders in Europa, in der Regel auf ein historisch gewachsenes Mehrheitsvolk, dessen Sprache dann meistens auch die Staatssprache ist. Aber im Zuge der weiteren Entwicklung wird diesem Mehrheitsvolk einfach verordnet, jede Art von Zuwanderung zu schlucken. Wer ins Land kommt und bleibt und irgendwann auch Staatsbürger wird, wird dann eben auch zur „Staatsnation“ gerechnet. Das Völkerrecht mit seinen neutralen Begriffen: Staatsgewalt – Staatsgebiet – Staatsvolk deckt diesen Vorgang unbeabsichtigt sogar noch juristisch ab. Das moderne *Nation Building* geht ebenfalls diesen Weg mit Grenzbeziehungen nach rein machtpolitischen Kalkülen ohne Rücksicht auf die ethnisch-kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung.

Nun kommt es zu einem wichtigen Schnittpunkt zweier multikultureller Anschauungen. Dieser Punkt verdient höchste Aufmerksamkeit! Zur multikulturellen Praxis des sich selbst verherrlichenden Staatsnationalismus kommt die aus anderen Quellen sich speisende Ideologie einer grundsätzlich anzustrebenden multikulturellen Gesellschaft: Alle Menschen sind gleich, Rassenunterschiede (*horribile dictu!*) gibt es nicht, Herkunft und Geschichte sind unwichtig. Zu diesem Problemkreis gibt es ein ausgezeichnet geschriebenes Buch von Jan Mahner<sup>[3]</sup>. Wie auch immer man selbst es mit dieser verabsolutierten Auffassung von einer multikulturellen Gesellschaft überall in der Welt hält: Die tatsächliche Entwicklung treibt in diese Richtung und wird massiv propagiert. Nur ein Beispiel von hunderten: Vor einiger Zeit plakatierten die Grünen: „Deutschland wird bunter“; das Plakat zeigte mehrere Kinder mit auffallend unterschiedlicher Hautfarbe. Dass die Grünen damit die Zerstörung eines Groß-Biotops, nämlich des gewachsenen eigenen Volkes, begrüßen, stört diese ansonsten überall als Biotop-Beschützer auftretende Truppe offenbar nicht. Auch die von Angelika Merkel stammende Aussage: „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert“, ändert nichts daran, dass Medien, NGOs und Weltreligionen<sup>[4]</sup> mehrheitlich für ethnischen Multikulturalismus eintreten. Dieser umfassend ideologische Multikulturalismus trifft nun mit dem praktischen Multikulturalismus des Staatsnationalismus zusammen. Beide schaukeln sich wechselseitig auf.

## Territorium und Gebietshoheit schwinden

Die Auswirkungen sind bekannt, sie werden überall heftig diskutiert. Doch eine der Folgewirkungen blieb bisher unterbelichtet. Hier soll sie jetzt beleuchtet werden: Wenn der ideologisch begründete umfassende Multikulturalismus langfristig die Oberhand behält, wird dadurch allen Staaten ein wesentliches Element ihrer Existenz entzogen, nämlich ihr Staatsgebiet, ihr Territorium. Wie das? Die Antwort darauf kann ebenfalls als Frage formuliert werden: Wozu braucht es überhaupt noch Staaten, wenn sowieso in jedem Staat die gleiche multikulturell gemixte Bevölkerung haust?

Aus den meist nicht gelernten Lektionen im „Lehrbuch der Geschichte“ wissen wir, dass vor allem Großreiche, sprich: Imperien, aus zunächst rein machtpolitischer Expansion über die Entwicklungsstufe eines Vielvölkerstaates hinaus auf eine multiethnische Gesellschaft hinarbeiten. Unter anderen liefert das untergegangene Römische Reich dafür reichlich Anschauungsmaterial. In unserer Zeit spielt sich in den USA, der heutigen Weltmacht Nr. 1, eine gleichartige Entwicklung ab. Aber solche Entwicklungen sind längst nicht mehr hauptsächlich bei Imperien zu beobachten. Auch mittelgroße Staaten und Kleinstaaten, wie die Republik Österreich, werden dank der Ideologie des Multikulturalismus mehr und mehr zu multi-kulturellen, genauer gesagt: zu multiethnischen Gesellschaften. Logischer Weise verschwimmen dadurch die Besonderheiten der Bevölkerungen in den nur mehr durch politische Grenzen getrennten Territorien.

Unabhängig von den Staatsgebieten vollzieht sich allmählich eine Angleichung im Gesamtbild der jeweiligen Bevölkerungen. Infolgedessen entschwinden den Staaten alle jene ihrer Gebietsansprüche, die sich auf die Besonderheiten der konkret dort siedelnden Menschengruppen stützen. Letzten Endes wird es für die Staaten schwierig bis unmöglich, ihre umgrenzten Staatsgebiete mit „nationalen“ Gründen zu untermauern.

## Das Europa der EU

Im Europa der EU ist die substanzielle Abschaffung der Staatsgebiete institutionalisiert. Dem entsprechend schreitet sie ständig voran. Angesichts der verbrieften Personenfreizügigkeit für EU-Bürger lösen sich alle territorialen Grenzen praktisch auf. Die so genannte Gebietshoheit der „Nationalstaaten“ – ein wesentliches Kriterium im Völkerrecht für jeden souveränen Staat – wird zu einer ausgehöhlten Rechtsfigur. Die so genannten „Ausländergesetze“ in allen Mitgliedstaaten der EU können sich praktisch nur mehr auf Ausländer von außerhalb der EU beziehen. Übrigens sind sie auch in dieser Hinsicht erstens durch zahlreiche internationale Abkommen und zweitens durch die Menschenrechtskonvention der UNO stark eingeschränkt. Die eingangs zitierte „Transnationalität der Probleme“ nimmt an Bedeutung rasant zu. Wie man die Sache auch drehen mag, alles läuft darauf hinaus, die ursprüngliche Gebietshoheit der Staaten in Europa abzuschaffen.

Dem Beobachter dieser Entwicklung kann der verschiedentlich zu vernehmende Ruf nach Wiederherstellung des „souveränen“ Nationalstaates bestenfalls ein müdes Lächeln ins Gesicht zaubern. „Souveränität“ ist ein Begriff von gestern. Dass die Souveränität über ihr Gebiet den Staaten praktisch entzogen wurde, ist soeben hier dargelegt worden. Aber auch in andern Bereichen ist es mit der Staatssouveränität nicht mehr weit her. Für die EU genügt ein Hinweis auf die Stichworte: Warenverkehr und Transport; der Finanzsektor bedürfte wegen der Europäischen Währungsunion eine eigene Betrachtung. Darüber hinaus beschneiden ungezählte internationale Verträge multilateralen Charakters die „Souveränität“ aller daran beteiligten Staaten. Das reicht natürlich weit über die EU hinaus. Aus eigener Erfahrung als seinerzeitiger Abgeordneter weiß ich nur zu gut, dass an den in den Parlamentsausschüssen vor ihrer Ratifizierung behandelten internationalen Verträgen (die zuvor nur von den Regierungen verhandelt und abgeschlossen worden waren!) außer Druckfehlerberichtigungen absolut nichts geändert werden konnte. Die Rechte des „souveränen“ Gesetzgebers wurden und werden zwar formell eingehalten, aber sie stehen in der Sache selbst nur auf dem Papier (der Verfassung) und sind praktisch bedeutungslos. Souveränität?

## Souveränität als Farce

Die Souveränität praktisch sämtlicher europäischer Staaten steht auch wehrpolitisch, also militärisch gesehen, nur mehr auf dem Papier. Für die Mitglieder der NATO braucht es diesbezüglich gar keinen besonderen Beweis. Bekanntlich steht die NATO unter US-amerikanischem Oberbefehl. Die militärische und somit politische Oberhoheit der USA über den gesamten Westen ist Faktum. Selbst militärisch scheinbar autonome handelnde Staaten, wie zum Beispiel Frankreich in Teilen Afrikas, benötigen dabei die Unterstützung seitens der NATO-Struktur, von globalen Strukturen wie z. B. Satelliten oder Internet ganz abgesehen.

Ein Sonderkapitel ist Österreichs Neutralität. Laut offizieller Lesart wurde sie ganz aus freien Stücken vom Nationalrat in Wien im Verfassungsrang beschlossen. Demgemäß wird sie alljährlich feierlich zelebriert und in Sonntagsreden wie eine Heilige Kuh (Stichwort: Indien) in Worten beschworen. Aus Staatsräson muss das Gesicht gewahrt bleiben. Tatsächlich weiß jeder Historiker, dass der Neutralitätsbeschluss ein Preis für den Staatsvertrag von 1955 war. Und militärpolitisch weiß jeder Sachkenner, dass die österreichische Neutralität im Ernstfall dem Wohlwollen bzw. den strategischen Überlegungen der großen Militärmächte unterworfen ist. Im Zeitalter der Atomwaffen, Langstreckenraketen, Marschflugkörper, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, Lufttraumüberwachung und demnächst Weltraumwaffen relativiert sich jedwede Neutralität. Wer das anders sieht, lügt sich in die eigene Tasche. So oder so wird sich auch das neutrale Österreich „in irgendeiner Form“ am künftigen Aufbau einer leider immer noch in den Kinderschuhen steckenden EU-Verteidigungsorganisation beteiligen. Die „Solidaritätsklausel“ im Vertrag von Maastricht wird das befördern.

Mit „Souveränität“ hat das alles so gut wie nichts mehr zu tun. Den europäischen Staaten, aber auch vielen außereuropäischen, kommen sowohl Territorium wie Souveränität praktisch abhanden. Es bleibt ihnen zuletzt fast nur mehr die Verwaltungshoheit mit ausuferndem Sozialbudget sowie das Gewaltmonopol nach innen, weshalb die Staaten als „unverzichtbar“ (Ralf Dahrendorf) gelten. Diese in der Substanz scheinbar Abschwächung der Staaten bestärkt natürlich alle ideologischen Verfechter des Konzeptes einer *One World* mit dem Fernziel einer Weltregierung.

## Globalisierung und ihr Doppelsinn

Das Wort von der Globalisierung ist in aller Munde. Doch sollte man sich klar machen, dass sich hinter diesem einen Wort zwei deutlich unterscheidbare Vorgänge verbergen. Zum einen geht es um das Anstreben der Einen Welt im Sinne von politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und rechtlicher Einheit. Dieser Wille zur Globalisierung ist ideologisch begründet und operiert auf der Schiene von Multikulturalismus und Gleichheit. Parallel dazu gibt es auch seit jeher das menschliche Streben nach Weltbeherrschung aus dem irrationalen Verlangen nach „Macht und Größe“. Und das seit Alexander dem Großen und Dschingis Khan. Übrigens nicht nur politisch-militärisch, sondern auch geistig-kulturell – offen oder geheim –, eben allumfassend.

Zum anderen meint der Begriff Globalisierung die vielen tatsächlichen Entwicklungen, welche real greifbar unseren riesigen Planeten Erde für die menschliche Dimension gleichsam zusammenschrumpfen lassen. Das beruht in erster Linie auf den Naturwissenschaften und der Technik. Beide gehen Hand in Hand und beide erweitern die Möglichkeiten, die den heutigen Menschen in Politik, Krieg, Wirtschaft und Alltagsleben praktisch zur Verfügung stehen.

Wie dramatisch sich diese Erweiterung gesteigert und beschleunigt hat, veranschaulichen ein paar Zahlen. Den *Homo Sapiens* gibt es seit über 100.000 Jahren. Seine geschriebene Geschichte ist (bruchstückhaft) etwa 3 bis 5.000 Jahre alt. In einigermaßen verbreiteter Form verwenden wir Elektrizität, Eisenbahnen, Autos und Luftfahrzeuge erst seit weniger als 200 Jahren. Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg. Die erste Atombombe (Kernspaltung) explodierte vor 65 Jahren. Der erste Satellit (Sputnik) umrundete vor 56 Jahren die Erde; heute ist GPS etwas Alltägliches. Internet, Social-Media und Mobiltelefonie in millionenfacher Verwendung stehen je nachdem erst seit 10–30 Jahren in Gebrauch.

Medienberichte in (beinahe) Echtzeit rund um den Globus sind vor jedem Fernsehgerät in fast jedem Haushalt zu verfolgen. Massentourismus in jeden Winkel der Welt ist für Millionen von Menschen erschwinglich. Für die Erdenkinder sind Raum und Zeit buchstäblich geschrumpft. Diese zivilisatorische Globalisierung ist ein Faktum. Und sie beschleunigt sich dramatisch.

## An weltweiter Zusammenarbeit führt kein Weg vorbei

Die sich verdichtende „Transnationalität der Probleme“ als Folge von Technik und Wirtschaft erzwingt nolens volens weltweite Zusammenarbeit in mittlerweile allen Lebensbereichen: Ernährung, Medizin, Umweltschutz, Kommunikation, Transportwesen usw.

Auch die bei militärischen Operationen dramatisch verkürzten Reaktionszeiten erzwingen weltweite Kooperation besonders zwischen den Atommächten.

In der Wirtschaft haben sich die Weltkonzerne (führend sind einige hundert) längst über sämtliche Staatsgrenzen hinweg etabliert. Sie handeln nach ihren durchaus eigensüchtigen betriebs- und marktwirtschaftlichen Kriterien „selbstverständlich“ global. Ihren Interessen entsprechend, arbeiten sie mit allen internationalen Organisationen und berührten Staaten zusammen, egal ob Demokratien oder Diktaturen.

Als wirkliches Novum hervorzuheben ist hier die globale Zusammenarbeit im Orbit und bei der Erforschung des Weltraums. Unbeschadet der enormen Rivalität der Weltmächte gibt es das international besetzte Raumlabor, die gemeinsame Abwicklung der Versorgungsflüge, die wechselseitige Arbeitsteilung bei Raketentests und deren Überwachung sowie als bisherige Krönung das Gemeinschaftsprojekt der Erkundung des Planeten Mars.

Bei genauer Betrachtung dieser Globalisierung fällt nun auf, dass in dem ganzen Getriebe den Staaten doch noch eine wichtige Rolle zukommt, die kaum durch etwas anderes ersetzbar ist. Die Staaten als völkerrechtlich handelnde Subjekte und Ansprechpartner mit Durchführungskompetenzen nach innen sind feste Angelpunkte. Sie besitzen zwar nicht mehr das konstituierende Merkmal der Souveränität gemäß hergebrachtem Verständnis. Sie „beherrschen“ auch nicht mehr alle Vorgänge auf ihrem jeweiligen Staatsgebiet, d. h. auf ihrem konkreten Territorium. Bildlich gesprochen entgleiten ihnen die Entwicklungen sowohl über wie unter ihren Köpfen. Dennoch bewahren die Staaten ihre Organisationsstrukturen und wirken dank dieser – auch außengesteuert – in der weltweiten Zusammenarbeit auf neue Weise mit – laut Dahrendorf „unverzichtbar“. Meines Erachtens muss über diese neue Rolle des Staates im Rahmen der Globalisierung noch gründlich nachgedacht werden. Das bisherige theoretische Verständnis vom Staat allgemein im tradierten Staatsrecht ist großteils überholt und nicht zukunftstauglich. Hier ist allerdings nicht der Platz, weitergehende Überlegungen über den Staat der Zukunft anzustellen.

## Völker ohne eigenen Staat

Während vielen Staaten im Zuge der multikulturellen Durchmischung ihre tragenden Nationen abhanden kommen, zeigen destotrotz viele Völker kräftigen Lebenswillen und Beharrungsvermögen. Auf aktuelle Autonomiebestrebungen wurde schon eingangs hingewiesen. Ihnen zur Seite gesellt sich das überall zu beobachtende Unbehagen gegenüber dem Massenzustrom von Menschen aus fremden Kulturkreisen und Weltteilen. Entgegen der offiziellen Multikulti-Propaganda wächst in den autochthonen Bevölkerungen der Wille zum Schutz und zur Bewahrung der jeweils eigenen Lebensgestaltung. In Europa finden Parteien, die, wie in Österreich die FPÖ, diesem Schutzbedürfnis programmatisch Rechnung tragen, deutlich zunehmend Anklang. Das wird sich bei den im Frühjahr stattfindenden Wahlen in das Europäische Parlament erweisen.

Für Deutschland spricht die Millionen-Auflage des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin buchstäblich Bände.<sup>[5]</sup> Auch die Geschichte liefert viele Beispiele für das Beharrungsvermögen gewachsener Völker. So war etwa das polnische Volk ab 1792 aufgeteilt auf Preußen, Österreich und Russland. Es gab 120 Jahre lang keinen polnischen Staat und dennoch ungebrochen das polnische Volk. Heute gibt es den polnischen Nationalstaat.

Ein anderes Beispiel aus jüngerer Zeit bieten die Kurden. Sie besitzen nach wie vor keinen eigenen Staat, leben auf den Territorien anderer Staaten, kämpfen jedoch um ihre Selbstbestimmung. Dabei sind sie im Norden des Irak auf dem Erfolgsweg, innenpolitisch neuerdings sogar in der Türkei, das Endergebnis bleibt offen.

Europa quält sich derzeit mit den Binnenwanderungen der Roma und Sinti (Zigeuner). Diese sind seit Menschengedenken ein „fahrendes Volk“ ohne festes Territorium. Wie soll man mit ihnen umgehen? Immer wieder waren es kleine oder große Völker, die entweder Staaten geschaffen oder machtpolitisch entstandene Vielvölkerstaaten gesprengt haben.

## Die Juden

Beachtung und diesbezüglich auch Bewunderung verdient das jüdische Volk. Wie kein anderes hat es über Jahrtausende ohne eigenen Staat als Volk überlebt<sup>[6]</sup>. Die Juden konnten ohne festes Territorium, zerstreut über viele Länder, teils verfolgt, teils geholt (z. B. durch Kaiser Franz Joseph), ihre Identität bewahren. Sicherlich verdanken sie das ihrer höchst eigenen Geistigkeit, ihrer Literatur, ihrer verwandtschaftlichen Kontinuität und ihrem Zusammenhalt über alle politischen Grenzen hinweg. Ist schon diese bewiesene Überlebensfähigkeit ein Lehrstück der Sonderklasse, so zeigt die gewaltsam ertrotzte Schaffung des Staates Israel noch etwas Bemerkenswertes. Selbst in diesem ohne eigenen Staat erfolgreichen Volk lebte das Verlangen nach eigener Staatlichkeit, zumindest nach einem Kern-Staat. Theodor Herzl artikulierte diesen unterschwelligen Wunsch und es entstand der politisch höchst wirksame Zionismus. Wie es in und um Israel als Staat in einem der seit Jahrtausenden umkämpften Gebiete der Welt weiter gehen wird, bleibt im Schoß der Zukunft verborgen. Im 21. Jahrhundert mit einem jungen Nationalstaat entsprechend umzugehen, ist für die Juden eine neue Erfahrung. Für unsere Betrachtung hier ist das Schicksal des jüdischen Volkes ein herausragendes Anschauungsmaterial für die These, dass selbstbewusste Völker stärker sind als Staaten, dass Völker sich auch ohne umgrenztes Territorium am Leben erhalten können. Es bezeugt die Kraft, die einem in sich gefestigten nationalen Selbstverständnis innewohnt.

Und noch etwas muss hinzu gefügt werden: Die Juden haben den Spagat zwischen nationaler Selbsterhaltung einerseits und Globalisierung andererseits bis dato bewältigt. Sie stehen nachgerade für Weltoffenheit, ja sogar Weltbürgertum. Sie schafften es, sich den verschiedensten Kulturen anzupassen, ohne ihre eigene aufzugeben. Sie haben überall beachtliche Beiträge in den jeweiligen Groß-Biotopen, in denen sie angesiedelt waren, geleistet. Ihre am allgemeinen Durchschnitt gemessen deutlich ausgeprägte Intelligenz belegt nicht zuletzt die praktische Bedeutung, die einer sorgfältigen Partnerwahl und Familienpolitik vor dem Hintergrund nationalen Selbstbewusstseins zukommt. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Wichtig für uns ist die durch dieses Beispiel untermauerte Erkenntnis, dass nationale und globale Orientierung mit einander vereinbar sind. Der dagegen oft behauptete Gegensatz von nationaler und globaler Einstellung beruht auf einer allzu vereinfachten und daher schlicht zu primitiven Sichtweise.

## Das Prinzip des Sowohl-als-auch

Jedes Schwarz-weiß-Denken ist angesichts der Buntheit und Vielgestaltigkeit der Welt prinzipiell falsch. Wir alle neigen dazu, Dinge nach dem Prinzip Entweder-oder zu bewerten und oft auch zu entscheiden. Besonders Fundamentalisten und Fanatiker verlangen in Schwarz-weiß-Manier sehr oft solche Entweder-oder-Entscheidungen. Sie übersehen dabei – wir alle neigen auch dazu – die Komplexität der meisten Erscheinungen und Problemlagen. Je länger und je gründlicher man die Welt und in ihr den Menschen beobachtet und studiert, desto klarer wird einem, dass ein anderes Prinzip viel wichtiger ist: das Prinzip des Sowohl-als-auch.

Diese Einsicht besagt freilich nicht, dass Entweder-oder-Entscheidungen abzulehnen sind. Es gibt genügend Situationen, wo eine andere Entscheidung als nach dem Prinzip des Entweder-oder gar nicht möglich ist. Das sei unbestritten. Aber für sehr viele Probleme komplexer Natur bringt eine Betrachtungsweise nach dem Prinzip des Sowohl-als-auch bessere Lösungen. In dieser Hinsicht können wir Europäer von den asiatischen Philosophen einiges lernen. Wer da glaubt, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein, der irrt grundlegend.

Sinnvoll erscheint es, an alle Fragen der Globalisierung bewusst mit dem Prinzip des Sowohl-als-auch heranzugehen. Scheinbar unvereinbare Dinge oder Verhaltensweisen können in

Wirklichkeit durchaus neben einander bestehen. Heimatliebe und Weltoffenheit schließen einander nicht aus; ebenso nicht das Festhalten am eigenen Volkstum bei gleichzeitigem Interesse für andere Kulturen oder Freundschaften sowohl im angestammten Umfeld als auch mit Menschen anderer Herkunft. Das geflügelte Wort: „Leben und leben lassen“ gewinnt im Zeitalter der Globalisierung erhöhte Bedeutung. Es darf nur nicht zu totaler Beliebtheit verführen.

Alle neueren Entwicklungen stellen erhöhte Anforderungen an das persönliche Verantwortungsbewusstsein. Die Versuchungen, sich einfach in den Strom der Zeit fallen und sich in ihm treiben zu lassen, sind enorm. Nicht selten ist Selbstpreisgabe die Folge. Dagegen hilft nur Selbstbewusstsein, Bekenntnis zur eigenen Identität und Verantwortungsbereitschaft im Wissen um die Generationen vor und nach einem. Doch ist die Globalisierung nicht nur eine Herausforderung, sie bietet zugleich auch völlig neue Möglichkeiten, nationale Identitäten zu pflegen. Beispielsweise erlauben Internet und Mobiltelefonie den verschiedensten Menschengruppen, sich untereinander zu vernetzen und auch bei Verstreutheit über die ganze Welt miteinander nachhaltig zu kommunizieren. So gesehen können globale Techniken den Bestand und Zusammenhalt von Gruppen sogar stützen.

## Lebenskraft entscheidet

Die weltweit und speziell auch in Europa zu beobachtenden nationalen und regionalen Reaktionen zeugen von der urtümlichen Lebenskraft jener Gefühle, die auf Herkunft und Volkzugehörigkeit bauen. Diese starken Gefühle werden durch die Globalisierung keineswegs aufgehoben. Die Globalisierung bringt den Menschen nur eine zusätzliche Dimension. Sich dieser verweigern zu wollen, ist keine zukunftstaugliche Lösung. Auch national denkende Menschen müssen die neue Dimension annehmen und ergänzend in ihre Weltanschauung einbauen. Das geht. Die Erweiterung des eigenen Horizontes erzwingt nicht die Aufgabe dessen, was den Hätetest menschlicher Geschichte schon bestanden hat. Auch hier gilt: sowohl als auch.

Junge Leute durchsetzen ihre Muttersprache gern mit englischen Ausdrücken und Redewendungen. Eine öfter zu vernehmende Parole lautet: *Think global – act local*. Einverstanden, doch finde ich eine Ergänzung noch besser: *Think global – act local – stay national!*

Jeder Blick in die Natur lehrt uns, dass keine noch so der Sonne sich zuwendende Pflanze ohne ihre Wurzeln im Erdreich gedeihen kann. Mächtige, alte Bäume ragen nur deshalb hoch in die Lüfte, weil sie von starken Wurzeln getragen werden. Nichts anderes als die aus starken Wurzeln keimende Lebenskraft meint unser großer Dichter Friedrich Schiller, wenn er in seinem „Wilhelm Tell“ die edle Frau Berta zu dem noch unentschlossenen Junker Rudenz die Worte sagen lässt: „Was auch daraus werde – Steh zu deinem Volk! Es ist dein angeborener Platz.“

## Anmerkungen

- [1] Oskar Lafontaine, „Die Gesellschaft der Zukunft“, Hamburg 1988, Seite 188.
- [2] Zum Beispiel Frankreich: „La Nation Française est une et indivisible.“ Übrigens hat Frankreich bis heute noch nicht die europäische Übereinkunft betreffend den Schutz für Sprachen von Minderheiten ratifiziert.
- [3] Jan Mahnert, Demokratie und Homokratismus – Wie die Gleichheitsideologie der Menschenrechte die Demokratie und die Völker bedroht, Edition Genius, Wien 2011.
- [4] Der Abt des Stiftes Heiligenkreuz, Gregor Henckel Donnersmarck, sagte in einem Interview in der Zeitung „Die Presse am Sonntag“ vom 9. Jänner 2011: „Ich sehe nur für Europa schwarz, aber nicht für die Welt. Ich bin ja nicht ein Rassenkämpfer, der glaubt, der europäische Katholizismus müsse sich durchsetzen. Einen Schmarren! Es ist wichtiger, unseren Glauben als unsere Gene weiterzugeben. Wenn Irakis, Philippiner und Südkoreaner als neue Christen nach Europa kommen, dann ist mir das alte Europa ziemlich egal.“
- [5] Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab, Deutsche Verlagsanstalt 2010. Vgl. Buchbesprechung in den Genius-Lesestücken am 1. Oktober 2010.
- [6] Salcia Landmann, Die Juden als Rasse, Olten 1967. Durchgesehene Ausgabe: Wer sind die Juden? Geschichte und Anthropologie eines Volkes, DTV, München 1968.